

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Auftakt des estnischen Ratsvorsitzes in der EU](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Bioprodukte: Neue einheitliche EU-Kennzeichnung beschlossen](#) 3
- [EU-Abgeordnete fordern Maßnahmen für längere Lebensdauer von Produkten](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [EU-Asylagentur: Vorsitz und Europäisches Parlament erzielen weitgehende politische Einigung](#) 5
- [Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung: Endgültige Einigung zwischen Rat und EP](#) 5

Europäische Kommission

- [Kommission startet Debatte über Zukunft des EU-Haushalts](#) 6
- [Weitere 70 Mio. Euro zur Unterstützung der europäischen Obsterzeuger](#) 6
- [Migration: Deutschland, Frankreich, Italien und EU-Kommission bekräftigen Solidarität mit Italien](#) 7

Sonstiges

- [Europäischer Rechnungshof: Gezieltere Unterstützung für Junglandwirte](#) 8
- [Grundrechtebericht 2017 - Tut Europa genug, um die Grundrechte zu schützen?](#) 8
- [Jährliche Inflation im Euroraum auf 1,3 % gesunken](#) 9
- [Ausschuss der Regionen: MEPs und LokalpolitikerInnen diskutieren neue Pläne bezüglich Migration, Luftqualität und Wohnen](#) 9

In eigener Sache

- [Besprechung zur Alpenraumstrategie \(EUSALP\)](#) 10
- [Alpeuregio Summer School 2017](#) 10

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 11

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Tagesordnungen der Institutionen

Impressum und Abbildungsverzeichnis

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Auftakt des estnischen Ratsvorsitzes in der EU

Am 1. Juli hat Estland für sechs Monate den Vorsitz im Rat der EU übernommen. Der estnische Vorsitz soll sich vor allem auf die Bewahrung von Wohlstand, Sicherheit, Frieden und Stabilität in Europa konzentrieren.



Zum Auftakt des EU-Ratsvorsitzes sind Kommissionspräsident Juncker und das Kollegium der Kommissionsmitglieder nach Brüssel gereist. Präsident Juncker und die Mitglieder des Kollegiums führten Gespräche mit der estnischen Regierung und erörterten dabei die Herausforderungen und Prioritäten der EU in den kommenden sechs Monaten. Im Mittelpunkt standen die Außenbeziehungen, Sicherheit, Migrationsfragen und Justiz, Energie- und Klimapolitik, Verkehr und ländliche Entwicklung, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarkt, digitaler Binnenmarkt und Handel, der EU-Haushalt sowie die Wirtschafts- und Währungsunion und die sozialpolitische Agenda.

Präsident Juncker führte dabei mehrere bilaterale Gespräche. Er traf unter anderem mit dem ehemaligen estnischen Ministerpräsidenten Mart Laar, mit Staatspräsident Kersti Kaljulaid und Ministerpräsident Jüri Ratas zusammen.

Ratspräsident Donald Tusk betonte in seiner Eröffnungsrede den vorbildhaften Umgang Estlands mit der Finanz- und Schuldenkrise und bezeichnete das Land als Vorbild in der Region und darüber hinaus. Er unterstrich außerdem Estlands Vorreiterrolle bei der Digitalisierung als „Führer der weltweiten IT-Revolution.“

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Bioprodukte: Neue einheitliche EU-Kennzeichnung beschlossen

Der maltesische Ratsvorsitz und das Europäische Parlament haben eine vorläufige Einigung über eine Überarbeitung der derzeitigen EU-Vorschriften für die biologische Produktion und die Kennzeichnung von biologischen Erzeugnissen erzielt.

Die einheitliche Regelung soll das Vertrauen der KonsumentInnen in Bio-Produkte fördern und das Wachstumspotential des Wirtschaftssektors freisetzen. Außerdem soll dadurch der faire Wettbewerbs von Landwirten und Wirtschaftsakteuren gefördert und Betrug und unlautere Praktiken verhindert werden. Harmonisierung und Vereinfachung der Produktionsvorschriften sowie mehr Rechtsklarheit bringen zudem Erleichterungen für Bio-Landwirte. Verschiedene frühere Ausnahme- und Sonderregelungen werden vorbehaltlich einschlägiger Kommissionsberichte schrittweise aufgehoben.

Damit reagiert die EU auf die steigende Marktexpansion im Bio-Landbau. Dieser hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt und jährlich steigt die ökologisch bewirtschaftete Fläche um 500 000 Hektar.

Um das Vertrauen der KonsumentInnen zu stärken sollen jährliche, risikobasierte Vor-Ort-Kontrollen entlang der gesamten Lieferkette, somit zusätzlich auch im Einzelhandel, umgesetzt werden. Außerdem müssen auch

Importe zukünftig den EU-Vorschriften für Produktion und Kontrollen entsprechen. Landwirte müssen zudem Maßnahmen ergreifen, um einer Kontamination mit Pestiziden vorzubeugen. Mitgliedsstaaten, in denen für nicht zugelassene Stoffe bereits nationale Bestimmungen gelten, dürfen diese unter bestimmten Voraussetzungen beibehalten.

Um die Bio-Produktion in der EU zu fördern soll zudem die Zertifizierung für kleine Betriebe erleichtert, der gemeinsame Anbau von biologischen und konventionellen Produkten erlaubt sowie die Versorgung mit Bio-Saatgut ausgebaut werden.

Die Einigung muss noch vom Sonderausschuss Landwirtschaft des Rates (SAL) gebilligt und dem Europäischen Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Verordnung soll schließlich am 1. Juli 2020 in Kraft treten.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

EU-Abgeordnete fordern Maßnahmen für längere Lebensdauer von Produkten

Die EU-Abgeordneten wollen Mindestbeständigkeitskriterien für Produkte festlegen und KonsumentInnen besser über die Haltbarkeit der Produkte informieren. Ziel ist auch, mehr zu reparieren.

Ein Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments übt Kritik an der kurzen Lebensdauer von elektrischen Geräten, Spielzeug und Kleidung. Das EU-Parlament will nun über konkrete Gegenmaßnahmen dieser Verschwendung von Energie und Rohstoffen abstimmen.

Unter die geforderten Mindeststandards fallen u.a. eine modulare Bauweise von Produkten sowie die Verwendung von leichter ersetzbaren Materialien und Techniken. Der Bericht der Parlaments

befasst sich zudem mit bewusst eingebauten Schwachstellen in Geräten bzw. Produkten und fordert die Kommission hier zum Handeln auf.

90 % der EuropäerInnen befürworten gemäß einer Eurobarometer-Umfrage eine klare Kennzeichnung der Nutzungsdauer von Produkten. Die EU-Abgeordneten teilen diese Ansicht und fordern die Schaffung eines Kennzeichnungssystems.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

EU-Asylagentur: Vorsitz und Europäisches Parlament erzielen weitgehende politische Einigung

Der maltesische Ratsvorsitz und die VertreterInnen des Europäischen Parlaments haben eine weitgehende politische Einigung über alle zwölf Kapitel der Verordnung über die Asylagentur der Europäischen Union erzielt.

Mit der Verordnung wird das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) in eine eigenständige Agentur umgewandelt, die das Funktionieren des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) erleichtern soll. Damit soll eine einheitlichere Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz in der gesamten Union sichergestellt werden. Außerdem soll das EASO operative und

technische Unterstützung für die Mitgliedstaaten leisten. Der kommende Vorsitz wird weiter an der Fertigstellung des Textes arbeiten. Die Einigung wird sodann dem Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV) unterbreitet, damit er sie im Namen des Rates billigt.

[Mehr Informationen](#)

Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung: Endgültige Einigung zwischen Rat und EP

Die EU-Botschafterinnen und -Botschafter haben den erzielten Kompromiss über den Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) gebilligt.

Der EFSD ist das wichtigste Instrument für die Umsetzung der europäischen Investitionsoffensive für Drittländer (EIP) zur Unterstützung von Investitionen in afrikanischen und EU-Nachbarschaftsländern.

Das vorrangige Ziel der Offensive besteht in der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Beseitigung der Migrationsursachen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission startet Debatte über Zukunft des EU-Haushalts

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 28. Juni 2017 ein Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen.

Es ist das fünfte und letzte Reflexionspapier der Reihe, die am 1. März 2017 mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas angestoßen wurde. Das am 28. Juni veröffentlichte Papier nimmt die Gliederung des Weißbuchs in fünf mögliche Szenarien für die Zukunft der EU zum Ausgang der Analyse des EU-Haushaltes. Jedes dieser Szenarien hätte unterschiedliche Auswirkungen, sowohl in Bezug auf die Höhe und den Zweck der Ausgaben als auch darauf, woher die Mittel kommen könnten. Die

Optionen reichen von einer Kürzung der Ausgaben für bestehende politische Maßnahmen bis hin zu einer Erhöhung der Einnahmen. Dabei geht es von der Abschaffung der Mehrwertsteuer-Eigenmittel über neue Energie- und Umweltsteuern bis hin zu neuen Einnahmen aus einem Teil der gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage.

[Mehr Informationen](#)

Weitere 70 Mio. Euro zur Unterstützung der europäischen Obsterzeuger

Am 1. Juli 2017 wurden die bestehenden Sonderstützungsmaßnahmen für Erzeuger von verderblichem Obst, das vom Einfuhrverbot der russischen Behörden betroffen ist, um ein weiteres Jahr bis Ende Juni 2018 verlängert.

Die Maßnahmen wurden von der Kommission nach Verhängung des russischen Einfuhrverbots im August 2014 eingeführt. Die nunmehr verlängerte Regelung stellt ein Sicherheitsnetz für jene Erzeuger dar, die infolge des Einfuhrverbots möglicherweise keine Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse finden. Im Rahmen dieser Unterstützung werden bis zu 70 Mio. Euro für die Obsterzeuger in der EU zur Verfügung stehen. Obstbauern, die ihre Ware an **E i n r i c h t u n g e n** wie Wohltätigkeitsorganisationen oder Schulen abgeben oder anderweitig verwenden, d. h.

verfüttern, kompostieren oder weiterverarbeiten, bekommen Ausgleichsleistungen. Die Regelung sieht eine Höchstmenge von 165.835 t vor, aufgeteilt auf vier verschiedene Arten von Baumobst: Äpfel und Birnen, Pflaumen, Zitrusfrüchte sowie Pfirsiche und Nektarinen. Sie gilt für 12 Mitgliedstaaten, wobei die Rücknahmemengen unterschiedlich sind. Für Österreich besteht eine festgelegte Höchstmenge von 510 t für Äpfel und Birnen.

[Mehr Informationen](#)



Migration: Deutschland, Frankreich, Italien und EU-Kommission bekräftigen Solidarität mit Italien

In einer gemeinsamen Erklärung haben der EU-Migrationskommissar Avramopoulos und die Innenminister aus Deutschland, Frankreich und Italien konkrete Schritte zur Unterstützung Italiens bei der Bewältigung der Migrationsströme vorgeschlagen. Avramopoulos und die drei Innenminister hatten sich am 02. Juli in Paris getroffen, um die Lage auf der zentralen Mittelmeerroute zu diskutieren.

Die Maßnahmen umfassen eine bessere Koordination der Hilfsorganisationen auf dem Mittelmeer sowie mehr Hilfe für die libysche Küstenwache. Außerdem wurden eine Ausweitung der Unterstützung für die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das UN-Flüchtlingshilfswerk für ihre Aktivitäten in Libyen vorgeschlagen.

Die Unterzeichner bekräftigten zudem erneut ihre Solidarität mit Italien, das mit einer steigenden Anzahl ankommender Flüchtlinge konfrontiert ist. Neben den genannten

Schritten soll zudem auch die Möglichkeit verstärkter Kontrollen an der libyschen Südgrenze geprüft werden.

Die Kommission wird morgen konkrete Vorschläge zur weiteren Unterstützung Italiens bei der Bewältigung der Migrationsströme auf der zentralen Mittelmeerroute präsentieren. Diese sollen dann beim nächsten informellen Innenministerrat am 6. Juli in Tallin mit den anderen europäischen Innenministern diskutiert werden.



Sonstiges

Europäischer Rechnungshof: Gezieltere Unterstützung für Junglandwirte

Einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs zufolge ist die EU-Unterstützung für Junglandwirte häufig unzulänglich.

Im Zeitraum 2007-2020 stellt die EU Beihilfen in Höhe von 9,6 Mrd. Euro für Junglandwirte bereit, um die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und den Generationswechsel in der Landwirtschaft zu fördern. Die im Rahmen von Säule 1 geleisteten Zahlungen entsprechen allerdings häufig nicht dem allgemeinen Ziel der Förderung des Generationswechsels. Sie gehen nicht immer an Junglandwirte mit entsprechendem Bedarf und manchmal werden damit Betriebe unterstützt, in denen Junglandwirte nur eine untergeordnete Rolle spielen. Auch im Rahmen der 2. Säule werden Beihilfen nur in standardisierter Form und

nicht vom konkreten Bedarf abhängig bereitgestellt.

Die PrüferInnen des Europäischen Rechnungshofes empfehlen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten daher, die Bedarfsermittlung zu verstärken und Ziele festzulegen, die mit der Förderung des Generationswechsels in Einklang stehen. Zudem sollen Maßnahmen durch verbesserte Projektauswahl und den Einsatz von Geschäftsplänen gezielter ausgerichtet werden.

[Mehr Information](#)

Grundrechtebericht 2017 - Tut Europa genug, um die Grundrechte zu schützen?

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) wurde über einige der bedeutendsten Entwicklungen im Bereich der Grundrechte in der EU seit 2007 reflektiert.

Offenbar zeichnen sich zwei Tendenzen ab: Auf der institutionellen Seite hat die EU Instrumente eingeführt, um die Grundrechte besser zu fördern und zu schützen. Bei der Umsetzung von Grundrechten vor Ort gibt es hingegen nach wie vor große Defizite, die sich in manchen Bereichen sogar noch vergrößern. Um diese Kluft zu überbrücken, sollten Gesetze durch wirksame Maßnahmen verwirklicht werden, die die Rechte aller in

der EU lebenden Menschen im Alltag durchsetzen. Darüber hinaus sollte man den „wirtschaftlichen Nutzen“ der Menschenrechte analysieren, „den Rechten ein Gesicht geben“ und soziale und wirtschaftliche Rechte konsequenter einsetzen, so die Forderungen der FRA im Grundrechtebericht 2017.

[Mehr Informationen](#)



Jährliche Inflation im Euroraum auf 1,3 % gesunken

Eine Schnellschätzung der Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, hat ergeben, dass die jährliche Inflation im Euroraum im Juni 2017 auf 1,3 % gegenüber 1,4 % im Mai gesunken ist.

Im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum wird erwartet, dass Energie im Juni die höchste jährliche Rate aufweist (1,9 %, gegenüber 4,5 % im Mai), gefolgt von Dienstleistungen (1,6 %,

gegenüber 1,3 % im Mai), Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (1,4 %, gegenüber 1,5 % im Mai) und Industriegütern ohne Energie (0,4 %, gegenüber 0,3 % im Mai).

[Mehr Informationen:](#)

Ausschuss der Regionen: MEPs und LokalpolitikerInnen diskutieren neue Pläne bezüglich Migration, Luftqualität und Wohnen

Im Rahmen der EU-Städteagenda arbeiten europäische Städte nun eng mit EU-Institutionen, nationalen und regionalen Regierungen sowie Vereinen und ExpertInnen zusammen.

Ziel ist es, Herausforderungen wie Migration, Luftqualität, Armutsbekämpfung sowie Wohnbau besser zu bewältigen. Nach einem Jahr Arbeit wurden die Entwürfe der Aktionspläne präsentiert und am 29. Juni bei einem Hearing des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments sowie der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) des Ausschusses der Regionen diskutiert. REGI Vorsitzende Iskra Mihaylova betonte dabei die wichtige Rolle der Städteagenda für die EU.

„Wir haben gemeinsam mit dem Europäischen Parlament sichergestellt, dass das nächste EU-Budget uns erlaubt, eine Union der Regionen und Städte zu bilden, in der die Bedürfnisse der BürgerInnen im Herz der gemeinsamen Politik stehen, dank der aktiven Rolle von lokalen und regionalen Behörden und dank einer echten demokratischen Partizipation“, so der COTER Vorsitzende Raffaele Cattaneo. Die Zukunft liegt ihm zufolge nicht in der Zentralisierung, sondern in geteilter Verantwortung.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Besprechung zur Alpenraumstrategie (EUSALP)

Vergangene Woche fand eine Besprechung mit Theresa Schopper, Staatssekretärin aus Baden-Württemberg, MEP Herbert Dorfmann, und Florian Mast zur Alpenraumstrategie (EUSALP) statt. Insbesondere wurde über die EUSALP-Präsidentschaft Tirols 2018 gesprochen. (Bild rechts)



Alpeuregio Summer School 2017

Am 3. Juli 2017 startete die Alpeuregio Summer School. Insgesamt 27 TeilnehmerInnen aus den drei Regionen Tirol, Südtirol und Trentino haben die Möglichkeit europäische Institutionen und Akteure kennenzulernen. In der ersten Woche stehen unter anderem Besuche bei Rat, Kommission, Ausschuss der Regionen und den ständigen Vertretungen von Österreich und Italien an. Daneben besuchen uns hochrangige Vortragende aus den Institutionen in unserem Büro, um mit den TeilnehmerInnen über verschiedene Politikbereiche zu diskutieren. (Bild unten)





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur gezielten Überarbeitung der EU-Verbraucherschutzrichtlinien](#)

Verbraucherrechte und EU-Vorschriften, Binnenmarkt
30. Juni 2017 - 8. Oktober 2017

[Consultation on the European Union's \(EU\) legislation on the legal migration of non-EU citizens](#)

Migration und Asyl
19. Juni 2017 - 18. September 2017

[Öffentliche Konsultation zur Straßenverkehrsinfrastruktur und Sicherheit von Tunneln](#)

Verkehr
14. Juni 2017 - 10. September 2017

[Bewertung Verordnung TEN-E](#)

Klimaschutz, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Energie, Verkehr, Europäische Nachbarschaftspolitik, Regional Policy
30. Mai 2017 - 4. September 2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA](#)

Beschäftigung und Soziales
5. April 2017 - 5. Juli 2017

[Bewertung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme](#)

Verkehr
5. Mai 2017 - 28. Juli 2017

[Public consultation on the detergents Regulation in the context of its ex-post evaluation](#)

Binnenmarkt, Umwelt, Verbraucherschutz
2. Mai 2017 - 25. Juli 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt

Klima, Ressourceneffizienz, Rohmaterialien, Entkarbonisierung, Effiziente Wassernutzung, kulturelles Erbe, Kreislaufwirtschaft	GREENING THE ECONOMY*	07/03/2017 - 05/09/2017	€ 234.000.000
Bio-Produkt, Biomasse, Biokraftstoffe, Umweltauswirkung, Märkte, Nachhaltigkeit, ökologische Qualitätszeichen, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft	BIO-BASED INNOVATION FOR SUSTAINABLE GOODS AND SERVICES - SUPPORTING THE DEVELOPMENT OF A EUROPEAN BIOECONOMY*	14/02/2017 - 13/09/2017	€ 26.470.000
Emission, Luftqualität, Diesel, Benzin	HORIZON PRIZE - ENGINE RETROFIT FOR CLEAN AIR*	12/09/2017	€ 1.500.000
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	Materials for clean air	23/01/2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE	20/08/2019	€ 3.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Mag. Michael Mingler

Abbildungsverzeichnis

https://ec.europa.eu/commission/news/kick-estonian-presidency-council-eu_de

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/06/2017-06-30-eu-ratspraesidentschaft.html>